



II-4068 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN
ROBERT GRAF

Zl. 10.101/135-XI/A/1a/88

Wien, am

4.5. / 1988

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold G r a t z

Parlament
1017 Wien

1814 / AB
1988 -05- 05
zu 1850 / J

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage
Nr. 1850/J betreffend Altölversorgung durch die Gmundner Ze-
mentwerke Hatschek, welche die Abgeordneten Dr. Gugerbauer,
Mag. Praxmarer, Eigruher und Kollegen am 11. März 1988 an
mich richteten, beehre ich mich wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu den Punkten 1 und 2 der Anfrage:

Die Gmundner Zementwerke Hans Hatschek AG hat im Jahre 1987
bei der Bezirkshauptmannschaft Gmunden um die Erteilung der
gewerbebehördlichen Genehmigung für Änderungen der bestehen-
den Zementwerksbetriebsanlage unter anderem auch durch Er-
richtung einer Anlage für die thermische Entsorgung von brenn-
baren Flüssigkeiten auf den Grundstücken Nr. 193, 202 und 141
der KG. Pinsdorf, angesucht.

Zu Punkt 3 der Anfrage:

Die gewerberechtliche Genehmigung wurde mit Bescheid des Be-
zirkshauptmannes von Gmunden vom 2. Oktober 1987, Ge - 3413,
3360, 3321, 3403 - je 1987 erteilt.

- 2 -

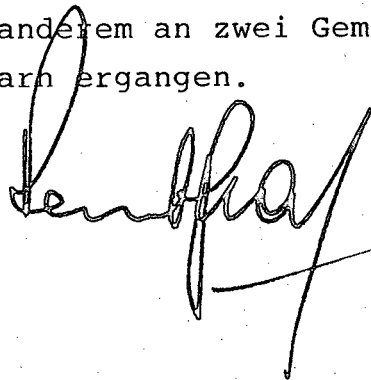
Zu den Punkten 4, 5 und 6 der Anfrage:

Die Betriebsbewilligung wurde nach Durchführung eines einjährigen Probetriebes einem eigenen Verfahren vorbehalten. Der einjährige Probetrieb wurde angeordnet und ein weiterer Probetrieb bei Einhaltung der Auflagen bis zu Erteilung der Betriebsbewilligung für zulässig erklärt.

Während des Probetriebes dürfen nur ganz bestimmte brennbare Flüssigkeiten verfeuert werden, die vor ihrem Einsatz nach einem festgelegten Meßprogramm auf ihre Zusammensetzung analysiert werden müssen. Die einzuhaltenden Emissionsgrenzwerte für Staub, Schwermetalle und anorganische Chloride sind jene der mit 1. Mai 1989 inkrafttretenden Altölverordnung. Lediglich der Gesamtstaubgehalt darf im Probetrieb etwas höher sein. Die Zersetzung der PCB und PCT ist durch den Nachweis zu belegen, daß durch die Verbrennung der vorgesehenen Stoffe kein Beitrag zur Emission an PCDD und PCDF eintritt. Die Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzwerte ist meßtechnisch nachzuweisen.

Über diesen Bescheid hinaus wird unter dem Vorsitz des Bezirkshauptmannes von Gmunden ein eigens hiefür eingerichteter Kontrollbeirat tätig werden, der im Einvernehmen mit den Vertretern der betroffenen Bürger insbesondere während des Probetriebes der geplanten Anlagen eine Kontrollfunktion hinsichtlich allfälliger Umweltbelastungen ausführen soll.

Der Bescheid ist nachrichtlich unter anderem an zwei Gemeindeämter, ein Stadtamt und rund 40 Nachbarn ergangen.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'L. H. H. H.', is written over the text of the last paragraph.